

**Dr.-Ing. Herbert Müller-Roden**  
**Statement des Bundesverbandes der Deutschen Kalkindustrie**

**anlässlich des BIG Bang am 2.10. 2002 im Hause Oetelshofen und  
bundesweit**

**zur Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über einen Rahmen zum Handel mit Treibhausgasemissionen in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 23.10. 2001 – KOM (2001)581)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Sie heute eingeladen und Sie nehmen dankenswerter Weise Teil an einem ungewöhnlichen, Ereignis, das aber Teil eines noch größeren Ereignisses ist. Denn: wie hier bei unserem Gastgeber Oetelshofen werden heute um Punkt 11 Uhr im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Sprengungen durch Unternehmen des Bundesverbandes der Deutschen Kalkindustrie durchgeführt.

Diese Sprengungen von mehreren 10tausend Tonnen Kalkstein sind ein Hilferuf einer kleinen, durchaus mittelständisch geprägten Industrie, die sich ansonsten in Politik und Medienlandschaft bislang kein Gehör zu verschaffen weiß, obwohl diese Industrie ein durchaus wichtiges öffentliches Anliegen hat.

Warum Hilferuf ? Worum geht es uns und: worum geht es nicht ?

Es geht um den Klimaschutz und hier insbesondere um die Emission von CO<sub>2</sub>. Das ist der Rahmen!

Sie alle kennen das Kioto - Protokoll, in welchem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet haben, den Ausstoß der Treibhausgase um **5%** bis zum Zeitraum 2008-2012 zu mindern.

Als Teil der Unterzeichnerstaaten hat die EU ausgesagt „ Wir können mehr leisten“ und sich verpflichtet, den Ausstoß der Treibhausgase um **8%** bis zum Zeitraum 2008-2012 zu mindern.

Nun, innerhalb der 15 EU-Staaten hat die BRD ausgesagt „ Wir wollen noch mehr“ und sich verpflichtet, den Ausstoß der Treibhausgase um **21%** bis zum Zeitraum 2008-2012 zu mindern.

5 8 21 das ist schon eine bemerkenswerte Staffel, aber : unser Protest richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Schutz der Umwelt und des Klimas! Das genaue Gegenteil ist der Fall!

Denn die deutsche Kalkindustrie unterstützt vollumfänglich die Zielsetzung des Kioto - Protokolls.

Die deutsche Kalkindustrie unterstützt weiter die ambitionierten Ziele unserer alten und neuen Bundesregierung, sowohl im Hinblick darauf, einen hohen eigenen Beitrag zu leisten, als auch im Hinblick darauf , dass die Bundesrepublik in diesen wichtigen Bereichen wegweisend und beispielgebend sein soll.

Damit sind wir sehr einverstanden, wir bekennen uns ausdrücklich zum Klimaschutz, und übrigens, wegweisend sind wir schon seit längerem. Unsere Brennaggregate haben Energienutzungsgrade oberhalb von 80%, das ist Spitze bei Industrieöfen, und zwar weltweit!

Ganz konkret heißt das, die Kalkindustrie hat sich im Rahmen der Selbstverpflichtung der Deutschen Industrie zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Brennstoff und Stromverbrauch in Höhe von 15% verpflichtet - für den Zeitraum von 1990 bis 2005. Dieses Ziel haben wir schon heute mit gut 12% Reduktion annähernd erfüllt, und wir werden ganz sicher auch das bis 2005 gesetzte Ziel erreichen. Das heißt: wir nehmen unsere Verpflichtungen für die Umwelt und den Klimaschutz ernst und wir handeln auch entsprechend.

Die Spitzenstellung der deutschen Kalkindustrie in der effizienten Nutzung der Energie haben wir nicht erst seit gestern, und auch nicht erst seit Kioto - unsere Industrie war von Beginn an, also seit dem 19ten Jahrhundert, man kann sagen gezwungen, wenig zu emittieren, und dies hat einen ganz einfachen, finanziell-materiellen Grund.

Kalk ist zwar unverzichtbar für die Menschen – trotzdem ist es kein besonders teures Erzeugnis. Der Energie-Einsatz allein kann bis zu 40% der Herstellkosten betragen. Um Kalk dennoch günstig anbieten zu können, hat unsere Industrie von jeher Wege gefunden, durch technische Optimierung und Innovation den Energieeinsatz und damit die CO<sub>2</sub>-Emission kontinuierlich zu vermindern. Wir erreichen heute schon energetische Nutzungsgrade von 80%. Zum Vergleich, Kraftwerke 45%, ein PKW 32%. Da ist nach oben nur wenig Spielraum und Sie wissen: Jeder Mathematiker kann bestätigen, dass die Zeitdauer zur Erreichung des theoretischen Maximums im Unendlichen liegt und praktisch nicht wirklich zu erreichen ist.

Wenn wir so gut sind, worum geht es uns dann, warum dann dieser Hilferuf der Kalkindustrie?

Es geht um das Wie! Wie erreicht denn Europa, wie erreicht denn die BRD diese ehrgeizigen Ziele?

Die EU hat nun eine Richtlinie vorgelegt, nach der die Industrie, auch die Kalkindustrie, gezwungen werden soll, je nach festgestelltem Ausstoß mit CO<sub>2</sub>-Emissionen-Zertifikaten zu handeln. Das halten wir für problematisch, um es zurückhaltend auszudrücken.

Nehmen wir an, dass die finanziellen Belastungen aus der EU-Richtlinie zum Emissionshandel schneller wachsen als unsere Innovationsgeschwindigkeit.

Und diese Annahme ist durchaus realistisch.

Schon nach wenigen Jahren, wenn Kapital für CO<sub>2</sub> - Zertifikate ins Ausland fließt also für Innovationen hier in Deutschland nicht mehr zur Verfügung steht, und wenn die Kalkhersteller wegen gestiegener Kosten weniger absetzen und also unwirtschaftlicher produzieren, dann, spätestens dann werden sich insbesondere Mittelständler aus unserer Branche in die ohnehin jährlich wachsende Liste der Unternehmensinsolvenzen eintragen.

Das kann nicht die Politik der Länder und des Bundes sein, dieser volkswirtschaftlich schädlichen Entwicklung muss Einhalt geboten werden.

Aus diesem Grund verlangen wir eine ergebnisoffene Pilotphase auf EU-Ebene und in jedem Fall nur die freiwillige Teilnahme am Emissionshandel. Wir als innovative Grundstoffindustrie, die wir unsere Wirkungsgrade ohnehin nur noch marginal verbessern können, benötigen mehr Investitionen, und vor Allem benötigen wir mehr Zeit als andere Branchen für weitere technische Verbesserungen.

Nun - hierauf kann man entgegnen, ohne Druck keine Innovation. Dem ist zuzustimmen. Nur, für uns war und ist der Druck bereits vorhanden, er kommt aus unseren Märkten und hat zu der eben beschriebenen technischen Spitzenposition geführt. Der Druck aber durch die EU-Richtlinie ist kontraproduktiv – für Unternehmen und Arbeitnehmer, für die Umwelt und den Staat.

Wir verlangen daher von den politisch Verantwortlichen die Anrechnung der durch uns erbrachten Vorleistungen. Man sollte annehmen dürfen, dass dies nur ein Gebot der Fairness sei. Deutschland hat unter den Industriestaaten in der EU die Pool Position bei den erbrachten Vorleistungen eingenommen. Darauf wollen wir stolz sein können, so wollen wir weiter machen, aber wir wollen nicht befürchten müssen, dass diese Leistungen vom Tisch gewischt werden.

Immerhin scheint eine gewisse Fairness mit der Methode des „Grandfathering“ ins Spiel zu kommen.

Zum Erläuterung: Grandfathering ist der direkte Vergleich der Höhe der Emissionen des Jahres 1990 mit den Emissionen in 2012. Hat ein Unternehmer/ein Staat in 2012 mehr Emissionen als im Basisjahr 1990, muss er Zertifikate zukaufen, wenn er wachsen will. Und umgekehrt verkaufen, wenn er schrumpft.

Aber dennoch, selbst diese Methode hat Schwächen, sie ist aus bundesdeutscher Sicht ansiedlungs- und wachstumsfeindlich. Denn wer in Deutschland sein Kontingent erschöpft hat, gleichzeitig aber seine Produktion ausweiten und damit Arbeitsplätze schaffen oder erhalten will, der muss im Ergebnis CO<sub>2</sub>-Zertifikate zukaufen. Leicht kann so ein Unternehmer zu der Überlegung kommen, seine Produktionsstätte in einem Staat zu errichten, der anders als Deutschland, Zertifikat-Überschüsse hat.

Wie wäre dann die Gesamtbilanz? Die CO<sub>2</sub>-Emission wäre die Gleiche, aber die Arbeitsplätze befinden sich nicht in Deutschland?

Falsch! Die CO<sub>2</sub>- Emission wäre im Zweifel sogar höher, denn der Stand der Anlagentechnik ist im Ausland oft niedriger als bei uns. Ganz sicher wird aber der Warentransport aus entfernten Ländern zu den deutschen Konsumenten zu mehr Emissionen führen.

Meine Damen und Herren, das Grandfathering scheint auf den ersten Blick akzeptabel, aber das Gelbe vom Ei ist es (noch jedenfalls) nicht.

Und damit bin ich beim Dritten, dem für die Kalkindustrie wichtigsten Punkt. Das Gelbe vom Ei, meine Damen und Herren, vielleicht schauen Sie nachher

noch einmal auf das Plakat, dieses Gelbe vom Ei kann ganz oder teilweise unsere Existenz bedrohen.

Wir verlangen die Freistellung des so genannten Kalkstein-CO<sub>2</sub> von jedweder CO<sub>2</sub> Abgabe, also auch die Freistellung vom Emissionshandel.

Bitte geben Sie mir drei Sätze für einen technischen Exkurs. Sie stehen alle auf Kalkstein. Dieser Kalkstein enthält zu 44% kristallin gebundenes CO<sub>2</sub>. Es ist das zentrale Ziel unserer industriellen Tätigkeit, das kristallin gebundene in gasförmiges CO<sub>2</sub> umzuwandeln, um so aus Kalkstein Kalk zu machen.

Die Güte des Endproduktes Kalk hängt unter Anderem davon ab, dass der Prozess möglichst vollständig durchgeführt wird und das bedeutet für uns, dass wir die Menge des entweichenden Kalkstein-CO<sub>2</sub> nicht beeinflussen können, es sei denn, wir ließen die Kalkherstellung ganz sein, ein „Dazwischen“ gibt es nicht.

Angesichts dieses kristallklaren Sachverhaltes liegt es nahe zu sagen:

„Dann lassen wir doch die Kalkerzeugung“.

Aber Kalk ist unverzichtbar, und dies ist kein Werbeslogan.

Ohne Kalk kein Stahl, ohne Kalk nur noch ziegelrote Eigenheime, ohne Kalk kommt der saure Regen zurück. Ohne Kalk kein Glas, ohne Kalk kein Papier, ohne Kalk kein Trinkwasser. Kalk bereitet Abwässer auf, Kalk ist wichtig für die Land- und Forstwirtschaft, Kalk neutralisiert die Abwässer der chemischen Industrie... Mit einem Wort: Kalk, gut dass wir Dich haben!!

Meine Damen und Herren, diese plakative Aufzählung ist in ihrer Absolutheit nicht ganz vollständig, aber bitte folgen Sie mir erst einmal in der Annahme, ohne Kalk könnten wesentliche Industrien überhaupt nicht existieren, viele, sehr viele andere Industriezweige könnten ganz oder teilweise nicht existieren. Wir sind anschließend gerne bereit, das Gesagte im Einzelnen zu begründen.

Das Kalkstein-CO<sub>2</sub> darf nicht Gegenstand finanzieller Belastung werden, denn - es ist ein natürliches Produkt und wir können es nicht beeinflussen. Deshalb verbietet es sich, dass eine Legislative, die Lenkungswirkung beabsichtigt, also beeinflussen will, dass sich diese Legislative auf Dinge richtet, die ihrer Art nach nicht beeinflussbar sind.

Hier tun sich intellektuelle und praktische Widersprüche auf, deren Auswirkungen für die Kalkindustrie so nicht hinnehmbar sind.

Wenn aber richtig ist, dass Kalk unverzichtbar ist, und wenn Kalk, belastet durch CO<sub>2</sub>-Abgaben zu teuer wäre, dann ergeben sich exakt zwei Alternativen. Entweder der Kalk kommt von woanders, oder die Industrien gehen dorthin, wo Kalk ist. Das Letztere ist nicht sonderlich wahrscheinlich, oder können Sie sich vorstellen, dass unser Abwasser im Ausland durch Kalk aufbereitet wird?

Aber wie dem auch sei, die CO<sub>2</sub>-Bilanz bleibt bestenfalls die Gleiche, eine Verbesserung hinsichtlich des Kalkstein-CO<sub>2</sub> ist unmöglich, eine Verschlechterung ist wegen zunehmender Transporte wahrscheinlich.

Nun sagen sie selbst, wenn die CO<sub>2</sub>-Bilanz im Hinblick auf das Kalkstein-CO<sub>2</sub> objektiv nicht verbessert werden kann, dann kann der Kalk – freigestellt von Abgaben auf das Kalkstein-CO<sub>2</sub> – auch weiterhin bei uns in Deutschland produziert werden, so meine ich zumindest.

Denn wer Produktion hat, hat Arbeitsplätze, wer Arbeitsplätze hat, hat Steuereinnahmen, wer Steuereinnahmen hat kann die Suche nach stetiger Verbesserung in Forschung und Entwicklung finanzieren, nicht Wahr?

Meine Damen und Herren, wir benötigen bei der Umsetzung unserer Vorschläge die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Politik . Deshalb appellieren wir an die politisch Verantwortlichen:

Sorgen Sie dafür, dass europäische Normen und Richtlinien keinen schädlichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien der Mitgliedsländer ausüben. Die deutsche Industrie ist an der Weltspitze der effizienten und niedrigemittierenden Industrieproduktion. Diese Vorleistungen müssen honoriert werden.

In Deutschland wird die Wirkung dieser Richtlinie auf diverse Industrien unterschiedlich sein. Die Kalkindustrie dürfte am härtesten, im schlechtesten Fall existenzbedrohend betroffen sein. Wir fordern die Politik auf, dafür zu sorgen, dass die Verteilung der Lasten dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgt.

Bei der Findung eines Verfahrens, das die Belange des Umweltschutzes, den Erhalt von Arbeitsplätzen und die technischen Bedingungen der Kalkindustrie einvernehmlich bündelt, bietet die deutsche Kalkindustrie ausdrücklich ihre Mitarbeit an.

Meine Damen und Herren, damit enden meine mit Absicht kurzen Eingangsworte, die das Ziel hatten, Ihre Aufmerksamkeit zu wecken und weitere Fragestellungen zu generieren.

Ihnen sage ich im Voraus meinen Dank dafür, dass Sie an mich persönlich nur die ganz leichten Fragen richten.

Umfassend Rede und Antwort stehen Ihnen die folgenden Herren aus Ihrer Mitte:

M. Comte Yves de Lespinay Association	Designierter General Secretary der European Lime
--	--

Dr.-Ing. Bernd Oppermann	General Secretary der European Lime Association GF des Bundesverbandes der Deutschen Kalkindustrie
Freiherr Dietmar von Landsberg	GF des Bundesverbandes der Deutschen Kalkindustrie
Dr.-Ing. Werner Fuchs Aus der Industrie	Fachmann für Energie innerhalb des BVK

Herren Moritz und Jörg Iseke	Unsere Gastgeber
Karl Raimund Vogt	Umweltschutzbeauftragter der Rheinkalk GmbH
Dipl.-Ing. Jaroslav Bures	Vors. Der Geschäftsführung Rheinkalk GmbH
Dr.-Ing. Klaus Bock	Mitglied der Geschäftsführung Rheinkalk GmbH

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.